Freitag, 15. März 1935

80. Jahrgang, Nr. 63

Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow

Amtliche Zeitung des preußischen Landkreises Teltow. — Mitteilungsblatt der NSDAP. im Kreise Teltow.

Das Teltower Kreisblatt erscheint werktäglich. Bezugspreis monatlich RM. 1,60; durch Boten ins Haus gebracht RM. 1,85; durch die Post zugestellt RM. 1,96. — Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, Briefträger und unsere Nebenstellen im Kreise Teltow. — Anzeigen lt. aufliegender Preisliste 15. — Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lützowstr. 87. — Fernruf: B 2 Lützow 0671. Zahlungen: Postscheckkonto Berlin Nr. 24919. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow - G -, Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Diplomatisches Störungsfeuer aus Paris

Ein durchsichtiges Manöver der Havas-Agentur

Französische Taktik

Die französische halbamtliche Nachrichtenagentur Havas veröffentlicht eine Auslassung aus London, in der zu der diplomatischen Lage und zu den kommenden Berliner Besprechungen Stellung genommen wird.

Es heißt in dieser Meldung, man habe guten Grund zu der Annahme, daß Sir John Simon und Eden beauftragt würden, dem Reichskanzler persönlich zur Kenntnis zu bringen, daß das Londoner Kabinett das Sicherheitsproblem im Westen wie im Osten Deutschlands als voneinander unlösbar betrachte. Jede Anregung, die Sicherheit in Osteuropa unabhängig von Frankreich zu organisieren, würde daher in London als nicht den Erfordernissen der Lage entsprechend angesehen. Die Sicherheit sei im übrigen nur durch gegenseitigen Beistand zu erreichen.

Wenn diese Ansicht in Berlin gebilligt würde, würden die englischen Besucher alle Freiheit haben, um mit den deutschen Unterhändlern über eine Anerkennung der deutschen Aufrüstung zu verhandeln, die der Genugtuung entsprechen würde, die sie auf dem Gebiete der Sicherheit erreichen werden. Diese Anerkennung dürfe jedoch nicht so weit gehen, Deutschland die gleichen Streitkräfte wie Sowjetrußland zuzugestehen.

Im übrigen bedaure man in gutunterrichteten Londoner Kreisen, daß Deutschland vor dem Besuch der englischen Minister in Berlin zur Militarisierung der Zivilflieger schreite, die eine sehr deutliche Verletzung des Teiles V des Versailler Vertrages darstelle. In London glaube man, daß eine Verhandlung zur Schaffung eines neuen vertraglichen Sicherheitssystems nicht einer Maßnahme hätte vorausgehen sollen, die einer einseitigen Kündigung des früheren diplomatischen Werkzeuges gleichkäme. Man wisse noch nicht, ob deswegen ein diplomatischer Protest erfolgen werde oder ob Sir John Simon die Angelegenheit selbst in Berlin behandeln werde. Jedenfalls sei aber sicher, daß sie nicht mit Stillschweigen übergangen werde.

Zu dieser Meldung aus Paris teilt das Deutsche Nachrichtenbüro mit: Die Meldung der Havasagentur ist ein deutliches Zeichen für die französischen Versuche, bereits jetzt die im englisch-französischen Abkommen vom 3. Februar vorgesehenen freien Verhandlungen zu präjudizieren oder ihnen zum mindesten eine bestimmte Richtung aufzuzwingen.

Daß Deutschland ebenso den Frieden für den Osten wie für den Westen wünscht und diesen für notwendig hält, bedarf nicht erst einer Sondierung der englischen Staatsmänner in Berlin. Inwieweit hierzu aber gerade die Beistandspakte notwendig sind, wie man sie sich in Frankreich und auch anderswo denkt, das werden eben jene kommenden Berliner Unterhaltungen zu erweisen haben.

Wenn Havas die Notwendigkeit einer gewissen Relation zwischen den Streitkräften Rußlands und denen Deutschlands anerkennt, so bedeutet dies gewiß einen Fortschritt. Es wäre im Sinne einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung nur zu wünschen, daß auch Rußland gewisse Anregungen gegeben würden, die dortigen bisher uferlosen Rüstungsvorbereitungen und -bestrebungen zu mäßigen, um notwendige Reaktionen anderer, in Reichweite dieser Rüstungen liegender Länder zu vermeiden.

Daß gerade der von Havas bemängelte deutsche Entschluß hinsichtlich des militärischen Flugwesens durch solche — aber auch durch andere — Zusammenhänge zu einer unabwendbaren Notwendigkeit werden mußte, ist im Grunde von der Weltöffentlichkeit, soweit nicht anders gerichtete taktische Gründe maßgebend bleiben, längst anerkannt worden.

Diplomatischer Hochbetrieb in London

Wenn der englische Außenminister Sir John Simon mit dem englischen Lordsiegelbewahrer Eden am 25. März nach Berlin kommen wird, wird sich die verworrene Lage der außenpolitischen Erörterungen über die Abrüstungsfrage vielleicht schon etwas geklärt haben. Die Verwirrung war hauptsächlich durch das englische Weißbuch hervorgerufen worden, in dem unsachliche Angriffe gegen Deutschland erhoben worden waren. Selbstverständlich orakelt die englische Presse über den Berliner Besuch der englischen Minister, und sie wird wohl von der Regierungsseite dahin beeinflußt, die Meinung zum Ausdruck zu bringen, daß der Luftpakt, der Ostpakt, der vorgesehene mitteleuropäische Pakt und das Rüstungsabkommen bei den kommenden Verhandlungen als Ganzes erörtert werden müßten.

Allerdings scheint die englische Regierung zu der Ansicht bekehrt zu sein, daß, wie es auch der deutsche Standpunkt ist, Nichtangriffsverträge zwischen zwei besonderen Nationen als nicht günstig für die Herbeiführung des europäischen Friedens anzusehen seien. Wesentlich ist ferner, daß der Engländer Eden erst nach den Berliner Besprechungen nach Moskau fahren wird.

Wie die Londoner Blätter mitteilen, herrschte in den letzten Tagen in London diplomatischer Hochbetrieb.

Vor allem der russische Botschafter Maisky war sehr tätig, um die sofortige Weiterreise Edens von Berlin nach Moskau zu veranlassen. Ebenso sprach der polnische Vertreter im Foreign Office, dem englischen Auswärtigen Amt, vor, und schließlich unternahmen die Gesandten der drei baltischen Staaten, Estland, Lettland und Litauen, einen gemeinsamen Schritt, um ihrer Befriedigung über das Londoner Programm und ihrem Wunsch nach Sicherung ihrer Unabhängigkeit durch den Ostpakt Ausdruck zu geben.

Die innenpolitische Lage der englischen Regierung

ist indessen dadurch gestärkt worden, daß der Mißtrauensantrag gegen die Regierung im englischen Oberhaus abgelehnt worden ist. In der Oberhausaussprache war aber trotzdem das englische Weißbuch von verschiedenen Rednern scharf kritisiert worden, wobei das Weißbuch als ein Mißgriff bezeichnet wurde. Man betonte in der Aussprache, daß die englische Politik vom deutschen Standpunkt gesehen schwer erträglich sei. Die Angriffe gegen die Regierung führten dann dazu, daß Kriegsminister Lord Hailsham noch einmal die englische Politik verteidigte. Er schloß seine Rede mit der üblichen Wendung, daß England für die Sache des Friedens arbeite.

*

Weg mit „veraltetem Plunder!"

Übrigens ist die Tatsache interessant, daß die Londoner Zeitung „Daily Mail" zu der Berliner Reise der englischen Minister schreibt: „Nachdem der Versailler Vertrag im Wandel der Zeit zu einem beträchtlichen Teil veraltet ist, darf man fragen, ob irgendein Grund dagegen spricht, gewisse seiner Artikel, die in Deutschland besonderes Mißfallen erregen, formal aufzuheben. Die britische Regierung kann sehr wohl erwägen, ob sie nicht die Initiative ergreifen und die Beseitigung dieses veralteten ‚Plunders', einschließlich der Kriegsschuldklausel, aus dem Vertrage vorschlagen soll."

Eden am 28. März in Moskau.

Der Zeitpunkt für den Besuch des englischen Lordsiegelbewahrers Eden in Moskau ist nunmehr festgesetzt worden. Eden, der bekanntlich den Außenminister Simon auf seiner Reise nach Berlin begleitet, reist am 28. März nach Moskau weiter, wo er bis zum 31. März bleibt. In Moskau wird er Besprechungen mit Stalin haben und auf der Rückreise Warschau ebenfalls einen Besuch abstatten.

Litauen pfeift auf die Signatarmächte.

Streitfälle aus dem Memelstatut sollen vor ein litauisches Sondergericht kommen.

Der litauische Staatspräsident hat, wie aus Kowno gemeldet wird, das seit langem in Vorbereitung befindliche sogenannte Statutgesetz für das Memelgebiet erlassen. Es ist am Mittwoch in Kraft getreten.

Durch dieses Gesetz sollen alle Streitigkeiten über die Anwendung des Memelstatuts, der Memelgesetze, der Akte des Gouverneurs und dergleichen vor einem besonderen Gericht entschieden werden. Dieses besteht aus dem Vorsitzenden und vier Richtern. Vorsitzender ist der Präsident des Kownoer Obertribunals. Zu Richtern werden litauische Staatsbürger, die eine entsprechende Eignung besitzen, auf sieben Jahre ernannt. Das Gericht entscheidet u. a. über Widersprüche zwischen den litauischen Staatsgesetzen und dem Memelstatut. — Der neue Gerichtshof kann nur als einseitige Einrichtung betrachtet werden, da es unmöglich ist, daß über Beschwerden nur von litauischer Seite entschieden wird.

Die Einseitigkeit dieses neuen Gesetzes

erhellt vor allem aus der Tatsache, daß das Statutgericht nur von drei Instanzen angerufen werden kann, und zwar vom Präsidenten des Direktoriums, der jetzt der Litauer Bruvelaitis ist, dem Memelgouverneur oder dem litauischen Justizminister, während das Beschwerderecht dem Memellandtag, den anderen autonomen Behörden oder Parteien nicht zusteht.